

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsfrist: Tagesblatt Riesa, Verzug Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamtes Meißen.

Postbezugsloos: Dresden 1923, Gesellschaft Riesa, Nr. 32.

Nr. 299.

Donnerstag, 27. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 15.—30. Dezember 1923 (16 Blätter) 21. cent. Einmalige Anzeigerpreise sind für die ersten 4 Wochen im Voraus zu zahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Rohab. 200, wenn der Verlag verliert, durch Abgabe von Wertpapieren. In jedem Heft ein Exemplar des Tagesblattes. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Posten, der Verantwortlichen oder der Beförderungsanstalten — hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa, Geschäftshaus: Gutsbeckerstr. 59.

Ein politischer Weihnachtsgruß des Reichstanzlers.

1) Berlin. Die Vorführungen der Radiostunde wurden am ersten Weihnachtstag mit einem durch den Telephonisten im Vorhause, Berlin, übermittelten politischen Weihnachtsgruß des Reichstanzlers Dr. Marx eröffnet, der folgendermaßen lautet:

Die Weihnachtslichter brennen — das Fest des Friedens ist da. Wie froh und festlich war es einst in allen deutschen Dörfern, wenn wir dies deutsche aller Feinde feierten. Wenn es Gedeihen gab für jeden in der Familie, für Arbeiter und Arbeiter, wenn die Freude war für die jeden und die empfangen können. Nicht einmal ein Weihnachtsbaum, der früher in jedem, selbst dem ärmlichen Hause, prangte, wird am heutigen Festtag in allen deutschen Häusern brennen können. Wir haben verarmt, so verarmt, daß Hunderttausende deutscher Volksgenossen schon froh sein werden, wenn sie an den Weihnachtstagen durch die zahlreichen Wohlstandsvorrichtungen des In- oder Auslandes einmal in die Lage kommen werden, sich satt zu essen, ihren Hunger zu stillen. Am Weihnachtstag sollen wir dankbarer denken, die Millionen unserer verarmten Volksgenossen die Not und ein gemeinsames Bemühen in warmen Räumen unter dem Nadelbaum bieten.

Wir müssen danken den edlen Männern, die in Holland und Dänemark, in der Schweiz und der Tschechoslowakei, in Schweden und Norwegen, in Österreich und Amerika, die Welt haben in der Welt geopfert haben für das darbenende deutsche Volk, für die Kerkern der Armen, die mit dem Hungertode und mit heimtücklichen Töten ringen. Wir danken dem Auslande, das für die deutsche Not Verständnis und Mitleid empfand, und wir danken auch gerade am Weihnachtstage mit besonderer Herzlichkeit den Auslandsdeutschen, die, wo sie auch immer ihre Existenz begründet haben, mit offenen Händen und deutschen Herzen, was sie geben konnten. Wir danken auch den Deutschstämmigen in den verschiedenen Weltteilen und in den deutschen Nachbarländern, daß sie mit ihrer Liebesbereitschaft ein so herrliches Beispiel gaben und in so vielen, die bisher gleichgültig oder unmühselig waren, die Erkenntnis der deutschen Not geweckt haben. Diese Hilfsbereitschaft man nicht dankender in allen Ländern der Welt ist wie ein Lichtschein, daß unser Hoffen und die Entschlossenheit, das über Gedanken des Hasses und der Entfremdung doch einmal triumphieren soll der Gedanke menschlicher Nächstenliebe, menschlichen Verständnisses und menschlicher Gemeinschaft.

Wenn wir Briefe und Rundbriefe erhalten aus den ehemals feindlichen Ländern, von denen, die einst selbst gegen uns im Felde gekämpft haben, dann fühlen wir, daß trotz Verheerung und immer wieder neu geübtem engherzigem Chauvinismus der Gedanke des Friedens auf Erden noch lebt. Aber trotzdem ist der wahre Frieden noch fern, allzu fern. Heute noch schwanken Tausende und Abertausende unserer deutschen Landsleute in inneren Gefangnissen, fern von ihren Angehörigen, ohne Weihnachtsbaum, ohne Weihnachtsstunde, weil sie ihr Vaterland nicht verraten oder zu schädigen versuchten, weil sie deutsch waren und ihre Pflicht taten als Deutsche. Ihre Vaterlandsliebe, ihre Treue zu Volk und Reich führte sie in die Kerker. Ihrer, dieser edlen treuen deutschen Männer und Frauen, wollen wir heute besonders denken und mit ihnen fühlen. Ihnen gilt vor allem unser herzlicher Weihnachtswunsch nach Freiheit und Frieden.

Gerade unter den Dächern des Weihnachtsbaumes wollen wir aber auch ferner denken, die ihr Deutschland, ihre Willstrenke, als deutsche Beamte und Bürger, vertreiben hat von Haus und Hof. Jedem sind es die, innerhalb weniger Stunden, oft sogar innerhalb weniger Minuten ihre Würdlichkeit räumen mußten, räumen mußten unter dem Zwang von Bajonetten und Maschinengewehren. Die alles zurücklassen mußten, was sie in langen Jahren mühevoller Arbeit und Pflanzenerfüllung sich erworben und angeschafft hatten. Sie heute irgendwo fern von den Angehörigen in engen Räumen oder in kalten, unfreundlichen Notwohnungen untergekommen sind, deren Familienmitglieder in Gefangnissen schmachten oder von ihnen getrennt sind durch feindliche Willkür, diesen Deutschen, die in Zeiten größter Not ihrem Vaterland die Treue bewachten, die alles hingaben, um getreu zu bleiben ihrem Deutschland und ihrer Pflicht, diesen modernen, hochberühmten Landsleuten gilt im besonderen unser Weihnachtsgruß. Mögen auch sie nach ihrem Darben und Leiden bald ein neues Heim finden, und möge ihnen die Gewißheit, daß jeder Deutsche ihre Pflicht und Vaterlandstreue zu schätzen weiß und anerkennt aus aufrichtigem Herzen, ein freundlicher Trost sein am Weihnachtstage.

Trübe Weihnachten werden es auch noch für viele, leider viel zu viele andere sein. Der deutsche Mittelstand, der einst Weihnachten sorglos feiern konnte, ist zusammengebrochen. In vielen Angehörigen, Arbeiter und Beamtenfamilien wird keine reine Weihnachtsfreude herrschen, weil Kündigungen und Erwerbslosigkeit sie bedauern haben. 1/2 Millionen Volksgenossen gibt es im unbesetzten Deutschland, dazu fast zwei Millionen Kurzarbeiter. Dazu kommen noch die etwa 2 Millionen Vorkriegsbesitzer im besetzten Gebiet und wohl ebenfalls viele Kurzarbeiter. Noch nie war die Zahl derer, die kein täglich Brot verdienen konnten, größer.

Schmerzhaft für alle Betroffenen ist auch der Beamtenabbau. Die Regierung aber mußte ihn beginnen, und ich habe dem ausgesprochen, weil es nach den letzten Inflationswirren galt, den Reichshaushalt wieder auf eine solide Basis zu bringen, weil es galt, dem sonst unfehlbar drohenden Staatsbankrott vorzubeugen. Wollte die Regie-

rung die Sanierung der franken Volkswirtschaft erreichen, so mußte sie rigoros die Währung wieder durchzuführen; sie mußte größte Sparmaßnahmen treffen, also den Beamtenapparat verringern und die Gehaltsätze der Beamten auf das Existenzminimum herabsetzen, und sie mußte andererseits für neue Einkünfte sorgen. So entschlossen wir uns zur Erhellung neuer Steuerquellen. Wir sind uns im Klaren darüber, daß die neuen Steuern dem Volk schwere Lasten auferlegen und daß sie einen Eingriff in die Substanz mit sich bringen. Wenn wir aber den Staat retten wollten, so mußten wir solche Maßnahmen durchführen. Ohne Staat keine Ordnung. In der Stadt wie auf dem Lande aber kann Ordnung, die allein Wirtschaftsgemeinschaft und Wiederaufbau bringen kann, nur bewahrt werden durch Aufrechterhaltung der Staatshoheit. Die schweren Steuern also, die wir uns auferlegen müssen, kommen ihm wieder durch die Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung zugute. Das mögen alle diejenigen Kreise bedenken, die zu weit die neuen Steueranordnungen brutal finden. Wie in jeder Familie Einnahmen und Ausgaben balancieren müssen, wenn die Familie nicht in Schuld und Abhängigkeit geraten soll, so muß auch der Staat seine Finanzen verwalten und unbedingt dafür sorgen, daß seine Ausgaben nicht seine Einnahmen übersteigen. Nur so ist eine Gesundung im Innern möglich.

Nicht allein durch innere Maßnahmen kann aber eine Sanierung erreicht werden. Sehr wesentlich wird eine Gesundung der deutschen Verhältnisse von außen her bedingt werden. Das deutsche Volk und die Reichsregierung wollen den Reparationsverpflichtungen weitestmöglich nachkommen. Wir wollen Reparationen leisten, soweit wir es vermögen und es in unsern Kräften steht. Wenn man uns freilich in unsern wirtschaftlich produktiven Gebieten an Rhein und Ruhr nicht frei arbeiten läßt und wenn man gewalttätig produktive Wirtschaftsentfaltung in diesen Gebieten behindert, dann wird es nicht möglich sein, Reparationsleistungen zu vollbringen, wie es sonst möglich wäre. So durch Bajonetten wirtschaftliche Reaktionen erzielt werden sollen, wird diese Arbeit nie erfolgreich und verbienbringend gehalten werden können. Nicht mit Gewalt und Unterdrückung läßt sich Produktion heben und Wirtschaftskraft erreichen, sondern allein in friedlichem Schaffen ohne Hemmnisse und ohne Willkür. Diese man Deutschland solchen Beweis des guten Willens vollbringen — er würde, davon bin ich überzeugt, überaus bedeutungsvoll sein. Denn immer galt der Deutsche in aller Welt als ein Mann der Arbeit, des Fleißes und der Pflichttreue. Und wenn man den Deutschen und gerade meine rheinischen Landsleute frei arbeiten läßt, — ich bin davon überzeugt, daß sie trotz der Unterernährung und Entkräftung wieder so fruchtbar arbeiten werden, wie sie den Deutschen als Mann der Pflicht und hohen Arbeitsleistung angesehen gemacht hat in allen Ländern.

Wir haben erneut unseren Willen zu christlicher, opfervoller Verständigung bekundet. Mit und richten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt dahin, wo sich erweisen muß, ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgercheinungen geschlagenen Wunden lebendig ist. Wir sind ein besiegtes Volk, aber ein großes Volk, das leben will, weil es ein Recht auf Leben, Arbeit und Wohlstand hat. Wir erwarten von der Gegenseite das offene, ehrliche Wort der Bereitwilligkeit, wir erwarten vor allem aber endlich eine Tat der Verständigung. Es geht nicht nur um Deutschlands Not und Schicksal — es geht um den Frieden, die Ruhe Europas.

Der Weihnachtstag ist der Tag des Friedens, der Freundlichkeit, der großen, gütigen Menschlichkeit. Und Deutschland soll diese Weihnacht ein Tag der Hoffnung sein, aber auch ein Tag heiligen, harten Entschlusses. Wir wollen die Hände zusammenreichen und uns fassen, daß wir der verlorenen, der sich selbst verloren gibt. Wir wollen und müssen den Mut zum Leben behalten. Wir müssen, ob arm oder reich, nur Tat werden lassen das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln. Mühe und deshalb die Zukunft lichter sein und uns den Frieden bringen, der allen verheißen ist, die guten Willen sind.

Die Radioreden der Parlamentarier.

1) Berlin. Nachdem der Kanzler seine Weihnachtsansprache erledigt hatte, ergriff der Reichstagsabgeordnete Dr. Schöls (DVP) das Wort: Die deutsche Weihnacht 1923 bringt weder Frieden auf Erden noch dem Menschen ein Wohlgefallen. Von außen her die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, im Innern fast untragbare Lasten, und doch sind hier und da gewisse Anzeichen zur Besserung erkennbar. Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer (Zentrum) wies auf den Zwiespalt zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen dem Fleiß des Friedens und der friedensleeren Welt hin. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Abg. Erkens betonte in seinem Radiospruch: Die Hauptaufgabe unseres Schicksals liegt im Auslande, insbesondere in Frankreich. In erster Linie müssen wir uns alle Deutsche fühlen.

Stresemann Pariser Gesandter?

1) Paris. Wie der Berliner Korrespondent des „Celatru“ berichtet, soll Stresemann die Absicht haben, sich als deutscher Gesandter nach Paris zu begeben.

Der zweite deutsche Schritt in Paris.

Vollständiger v. Goebbels bei Poincaré.

1) Paris. Ministerpräsident Poincaré hat Montags nachmittags um 5 Uhr französischer Zeit den deutschen Geschäftsträger, Vollständiger v. Goebbels, empfangen. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde. Vollständiger v. Goebbels übermittelte dem französischen Ministerpräsidenten eine Reihe von Anregungen, die den Zweck haben sollen, zu einem modus vivendi im Rheinland und im Ruhrgebiet zu gelangen. Poincaré hat mit dem deutschen Geschäftsträger die einzelnen Fragen durchgesprochen und erklärt, er werde sich mit der belgischen Regierung und auch mit den in Betracht kommenden Organen, d. h. mit der Rheinlandkommission und den Besatzungsbehörden in Verbindung setzen. Nach dem notwendigen Meinungsaustausch werde er dem deutschen Geschäftsträger seine Antwort zukommen lassen. Die Unterredung verlief in konziliantem Tone.

Vollständiger v. Goebbels hat eine Niederschrift zurückgelassen, in der die Fragen erläutert werden, über die er mit dem französischen Ministerpräsidenten verhandelt. Nach auf gleicher Zeit hat der deutsche Geschäftsträger in Dr. Fischer eine ähnliche Demarche beim belgischen Minister des Reiches Jasspar unternommen.

1) Paris. Über die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers, Vollständiger v. Goebbels, mit Poincaré hat der „Lyon d'Oran“ am 7. Uhr abends folgenden Bericht veröffentlicht: Der deutsche Geschäftsträger ist um 5 Uhr nachmittags von dem Ministerpräsidenten empfangen worden und hat ihm eine Note seiner Regierung überreicht. Diese Note bezieht sich auf die wirtschaftlichen und administrativen Fragen der besetzten Gebiete. Ministerpräsident Poincaré hat geantwortet, er werde nach Verständigung mit der belgischen Regierung seine Ansicht bekanntgeben.

1) Paris. Über den Schritt des deutschen Geschäftsträgers, Vollständiger v. Goebbels, beim Ministerpräsidenten Poincaré schreibt der diplomatische Mitarbeiter der „Agence Havas“, nachdem er festgestellt hat, daß völliges Stillstehen über den Verlauf der Unterredung seitens der französischen Regierung gemacht wird, man könnte wohl annehmen, daß die deutsche Regierung wünsche, daß die Zollkontrolle, die das Ruhrgebiet und das Rheinland vom nichtbesetzten Deutschland trennt, ebenso verschwinde wie die Einengungsstelle, die beim Eintritt ins Besetzungsgebiet erhoben wurden. Was die Währungsfrage angeht, habe man in Berlin die Überlieferung erlassen, die eine Lösung unter Ausschluß der deutschen Regierung noch sich zischen würde, besonders wenn die Rheinisch-Westfälische Emissionsbank unter Vorkaufsrecht deutschen Kapitals gegründet würde. Was die Wiederherstellung der an der Rheinlinie verbleibenden Beamten angeht, werde man sich die Wiederzulassung der Eisenbahnen und der Schiffe verstanke, um den Eisenbahnen und Binnen-Straßenverkehr zu verbessern. Alle diese Vorschläge müßten des Höheren daraufhin geprüft werden, in welchem Maße sie die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in den besetzten Gebieten und die Reparationszahlungen erleichtern sollten. Man könne sicher sein, daß die Arbeit von Brüssel und Paris, durch die Erfahrung erwiesen, alle Garantien erreichen würden, um nicht durch verfehlte Maßnahmen den Wert des Landes zu schmälern, das Belgien und Frankreich im Ruhrgebiet genommen haben. Ähnliche Gedanken werden auch von einigen anderen Morgenblättern, so namentlich von „L'Echo de Paris“, zum Ausdruck gebracht, der in etwas vorsichtiger Form erklärt, daß deutsche Vandalen nicht darauf hin, Frankreich die Plünder zu entreißen.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel.

1) Brüssel. (Meldung der Agence Belge.) Der Minister des Reiches Jasspar empfing Montag nachmittags den deutschen Geschäftsträger, der ihm ein Aide-memoire übersandte, das die Antwort auf das Schreiben der belgischen Regierung an die deutsche Regierung vom 17. Dezember bildet und die verschiedenen Fragen behandelt, über die die deutsche Regierung die Eröffnung eines Meinungsverständnisses wünscht. Die Fragen beziehen sich hauptsächlich auf die besetzten Gebiete. In dem Aide-memoire werden hauptsächlich die folgenden Punkte berührt: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, die beim Eintritt in die besetzten Gebiete erhobenen Abgaben, die Währungsfrage, die Rheinisch-Westfälische Bank, die Schifffahrt auf dem Rhein und der Eisenbahnverkehr, die Frage der allgemeinen Verwaltung und der inneren Angelegenheiten. Der Minister versprach, das Aide-memoire zu prüfen und läßt hinzu, er werde sich wegen der zu erziehenden Antwort mit der französischen Regierung in Verbindung setzen.

Französische Aufgaben-Zettel für die Kontrollkommission Rollet.

1) Paris. Das Echo de Paris, das bekanntlich als Organ des französischen Generalstabes gilt, veröffentlicht einen mit drei Kreuzen bezeichneten Artikel, der, wie man annimmt, der Feder des Generals de Castelnau entstammt. In dem Artikel werden die Ergebnisse der bisherigen Tätigkeit der Mission Rollet aufgeführt und andererseits auf die Notwendigkeit verwiesen, die Kontrolltätigkeit sobald als möglich wieder aufzunehmen. Frankreich habe bereits 1921 Maßnahmen zur Behebung der Ruhr ergriffen, um den Verlust seines Industrienzentrums auszugleichen. Es sei möglich, daß eine teilweise Mobilisation außerhalb des Ruhrgebiets in Deutschland vorbereitet sei. In dieser Meinung werde man durch die rätselfolle Anwendung zahlreicher Arbeiter aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet sowie das einwandfrei festgestellte Aufstehen weiträumiger Geleise bekräftigt. Allerdings verfüge Deutschland zurzeit